

Bezirkskonferenz der DKP Saarland, 1. Dez. 2019, Neunkirchen

Entschließung 1:

De-Industrialisierung des Saarlandes und Massenarbeitslosigkeit verhindern - Stahlindustrie retten und umbauen – Arbeit statt Profite

Im Saarland arbeiten 100.000 Personen, ein Viertel aller Beschäftigten, in der Industrie. Arbeitsplatzabbau in vielen Großunternehmen ist an der Tagesordnung. Nach jüngsten Berechnungen sind aktuell 11.000 Industriearbeitsplätze in Gefahr. Im letzten Jahr sind laut IG-Metall Saarbrücken 3000 Arbeitsplätze allein in der Auto- und Autozulieferindustrie abgebaut worden. Nachdem schon vor ein paar Monaten Kurzarbeit bei Saarstahl eingeführt wurde, platzte die Bombe der Geschäftsführung: Keine Übernahme der Azubis und der befristet Beschäftigten, 1.500 Arbeitsplätze sollen in den kommenden zwei Jahren abgebaut und weitere 1.000 ausgelagert werden. Die saarländische Industrie gerät mehr und mehr in die Krise. Die Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt hat begonnen.

Die Ursachen sind vielfältig:

Nach Ende der Montan-Monostruktur ist die saarländische Wirtschaft einseitig auf den Automobilsektor ausgerichtet worden. 44.000 Menschen sind in dieser Branche beschäftigt; jetzt rächt sich diese Abhängigkeit, insbesondere für die Beschäftigten.

All zulange wurde auf Produktion und Produkte gesetzt, die aus ökologischen Gründen nicht zukunftsfähig sind (beispielsweise Stromerzeugung und Autoproduktion).

Hinzu kommen die Auswirkungen einer allgemeinen Rezession, die im Saarland bereits negative Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt. In der Verwaltung und im Fertigungsbereich der Industrieproduktion drohen Gefahren durch die Digitalisierung.

Die Klimakrise und ihre Herausforderungen, die dadurch notwendigen Veränderungsprozesse überlagern und verschärfen diese Krisenmomente. Die Entwicklung des Weltklimas und der Umweltveränderungen sind schon seit Jahrzehnten bekannt. Das Profitstreben und die entsprechende Politik haben rechtzeitige Umstellungen verhindert. Jetzt muss innerhalb weniger Jahre der komplette ökologische Umbau erfolgen. Jetzt stehen die Industriebosse auf der Matte und verlangen milliarden schwere Programme, um das von ihnen „Versäumte“ nachzuholen.

Diese Stahlkrise trifft das Saarland ins Mark.

Der Fahrzeugbau, Maschinenbau, Stahlerzeugung und Metallverarbeitung sind die Schlüsselindustrien im Saarland. Alle benötigen den Grundstoff Stahl. Zugespitzt kulminieren die Krisen aktuell in der Stahlindustrie. Hier geht es um 10.000 Beschäftigte in den Werken von Saarstahl und Dillinger und um 20.000 in der Stahlbranche insgesamt.

Die sich zuspitzende Krise stellt sich als Gemengelage dar:

- Auf massive Auftragsrückgänge aus der Automobilindustrie, die 70 Prozent des saarländischen Stahls abnimmt, reagierte die Unternehmensführung der Stahl-Holding mit Kurzarbeit in allen Werksteilen. Darüber hinaus ist ein Kahlschlag beim Personal geplant, der durch entschlossenen Widerstand der Betriebsräte und der IG-Metall zunächst gestoppt werden konnte.
- Die Stahlindustrie bekommt nicht nur den internationalen Preisdruck sondern auch die Belastungen durch die CO₂-Zertifikate zu spüren. Die beabsichtigte CO₂-Bepreisung und die Verschärfungen im CO₂-Zertifikatehandel wird die saarländische Stahlindustrie mit bis zu 100 Mio. Mehrkosten jährlich belasten. Die Unternehmensführung fürchtet die Billigkonkurrenz, die Beschäftigten bangen um ihre Arbeitsplätze.

Bezirkskonferenz der DKP Saarland, 1. Dez. 2019, Neunkirchen

- Mit großem Investitionsaufwand und unter Mitwirkung einer qualifizierten Belegschaft scheinen die herkömmlichen Möglichkeiten zur CO₂-Minderung bei der vorhandenen Roh-eisen-Erzeugung ausgereizt. Prozesse und Produkte wurden zwar in diesem Rahmen ökolo-gisch optimiert und weiterentwickelt. Aber es wurde zu kurz gedacht und die Dimension der notwendigen Erneuerung unterschätzt.
- Zu lange wurden vom Management und den politischen Verantwortlichen lediglich die Überkapazitäten des internationalen Stahlmarktes thematisiert und Einfuhrzölle auf Stahl aus Asien gefordert. Profitiert vom Billigstahl haben u.a. die Automobilhersteller und dadurch Sonderprofite „erwirtschaftet“. Es ist zwar ein Problem, wenn die hiesige Stahlpro- duktion durch billigen und ökologiefrei produzierten Stahl in Konkurrenzdruck gerät, aber auch hier vermengen sich mehrere Probleme. Es sind u.a. die neoliberale Steuerpolitik, die VW u. Co. Extraprofite ermöglicht und das vor sich Herschieben eines konsequenten ökolo- gischen Erneuerungskonzeptes.

Die DKP fordert den Erhalt und den Umbau der saarländischen Stahlindustrie.

Stahl ist ein Grundstoff, ohne den ein ökologischer Umbau undenkbar ist. Wenn die Umbauziele erreicht werden sollen - Ausbau des ÖPNV, Busse, Bahn und Schienen, Windkraft, neue Ener- giesysteme. usw. - wird Stahl gebraucht. Die Frage ist, welchen Beitrag liefert die Stahlindustrie für den ökologischen Umbau, was produziert sie unter welchen Bedingungen. Vor diesem Hin- tergrund muss die Ökobilanz der Stahlproduktion bewertet werden.

Wenn energieintensivere Produktion erforderlich ist, um ökologische und sozial sinnvolle Pro- dukte herzustellen, und sie ihre technischen Möglichkeiten der Effizienz voll ausnutzt, muss es in der gesamtgesellschaftlichen Ökobilanz einen Ausgleich geben.

Wir unterstützen die „14 Forderungen“ der IG-Metall zum Erhalt der Arbeitsplätze innerhalb der saarländischen Stahlindustrie.

Wir fordern:

- Umbau der Produktionspalette: besondere Förderung von Stahlproduktion für umwelt- freundliche Produkte,
- Ablösung der quantitativ ausgelegten CO₂-Zertifikate durch direkte Vorgaben und För- derungen für Industrien und Produkte, die dem ökologischen Umbau dienen,
- Mittelfristig muss Stahl CO₂-frei produziert werden. Die wasserstoffbasierte Verhüttung muss massiv umfassend und konsequent gefördert und zur Produktionsreife gebracht werden.
- kein Einsatz von Atomstrom,
- umfassender Einsatz aller alternativen Möglichkeiten der Stromerzeugung (Cluster von Mini-BHKWs, Solarstrom für Neubauten verpflichtend und verbunden mit Förderung, zusätzliche Energieeinsparvorgaben für öffentliche Gebäude und Neubauten, Pumpspei- cherwerke für Stromspitzen in saarländischen Bergwerken),
- Windenergie ausbauen statt plattmachen,
- Ausbau der Forschungslandschaft für ökologische Industrieproduktion im Saarland.

Notwendig sind die Stärkung und der Ausbau der Mitbestimmung, die Beteiligung gesellschaft- lich relevanter Organisationen wie Umwelt- und Sozialverbände und fortschrittlicher Wissen- schaftler*innen an der Gestaltung des Umbaus.

Bezirkskonferenz der DKP Saarland, 1. Dez. 2019, Neunkirchen

Die Zeche für den nun notwendigen schnellen Umbau dürfen nicht die Beschäftigten zahlen. Die Kosten müssen von denen getragen werden, die über Jahre an der umweltschädlichen Produktion verdient haben, die privaten Konzerne, die Millionäre und Superreichen.

Nach vielen Schönwetterreden scheint auch bei den Verantwortlichen in der Landesregierung angekommen zu sein, dass es auch vor dem Hintergrund der Automobilindustrie für das Saarland ans Eingemachte geht, um welche Dimension es sich bei dieser Strukturkrise handelt. Hans und Rehlinger müssen dem neoliberalen Wirtschaftsminister Peter Altmeyer mächtig auf die Füße treten. Sie müssen jetzt alles in Waagschale werfen, um in Berlin und Brüssel ein Rettungsprogramm für das Saarland durchzusetzen. Auch von den Oppositionsparteien Grüne und Linke werden Initiativen erwartet.

Der Tragweite der Situation würde es gerecht werden, wenn saarländische Stahl- und Automobilarbeiter und ihre Familien auf den Abgeordnetenstühlen im Bundestag Platz nehmen und dort Tacheles reden.

Das kapitalistische Dogma und Kern des Neoliberalismus „Letztlich entscheidet der Markt“ hat in die Krise geführt und verschärft und beschleunigt sie. Wer die Deindustrialisierung wirklich verhindern, den Kern Stahlindustrie erhalten und weiter entwickeln will, muss sich von diesen neoliberalen Denk- und Handlungsweisen verabschieden. Sonst gibt es keine Lösung. Es wird sich zeigen, ob diese Landesregierung aus CDU und SPD dazu fähig ist. Sie steht jetzt auf dem Prüfstand.

Schluss mit dem Prinzip: Profit vor Arbeit und Umwelt!

Keine Entlassungen! Schluss mit der Arbeitsplatzvernichtung!

Wir fordern von der Landesregierung einen „Schutzschirm für alle Arbeitsplätze“ auf Grundlage der Landesverfassung („Recht auf Arbeit“) während des ökologischen Umbaus, finanziert durch eine Sonderabgabe auf große Vermögen (Ökosoli) und Profite. Diejenigen, die sich durch den Raubbau an Umwelt und Klima bereichert haben, müssen für den schnellen ökologischen Umbau zur Kasse gebeten werden.

Wir fordern daher ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen für alle Großbetriebe im Saarland, mindestens bis 2030. Unternehmen, die ihre Produktion und ihre Produkte im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes umstellen, erhalten – falls notwendig – Fördergelder für Forschung und Entwicklung. Notwendig ist die politisch unterstützte Entwicklung und Förderung eines Marktes für nachhaltig produzierte Produkte.

Wir fordern von der Landesregierung ein Handlungskonzept für den sozial-ökologischen Umbau, um eine De-Industrialisierung des Landes zu verhindern und eine Modellregion der CO₂-Reduzierung zu werden, wie es die IG-Metall fordert.

Dafür ist notwendig:

- **Umfassende finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung, das beinhaltet auch Abrüstung und die Abkehr vom 2 %-BIP-Aufrüstungsziel beim Militär.**
- **Klare gesetzliche Vorgaben und Instrumente der Investitionskontrolle und –Steuerung müssen zum Einsatz kommen.**

Die DKP erneuert ihre Position: Wir brauchen einen radikalen Politikwechsel!!!

einstimmig beschlossen